

Auszug aus: Eckart Koch, *Internationale Währungs- und Finanzbeziehungen*
erscheint voraussichtlich im Herbst 2025 bei SpringerGabler, Wiesbaden (ca. 200 Seiten)

Fallstudie USA: Die neue Unordnung der Weltwirtschaft: Eine aktuelle Momentaufnahme (Juni 2025)

Executive Summary

Der Text analysiert die wirtschaftlichen und politischen Strategien unter der Präsidentschaft von Donald Trump zu Beginn seiner zweiten Präsidentschaft. Die Politik Trumps hat sowohl innenpolitische als auch außenpolitische Dimensionen. Innenpolitisch wird eine Verschiebung hin zu einer stärkeren Exekutive und einer Abkehr von demokratischen Prinzipien angestrebt, während außenpolitisch ein isolationistischer Kurs und eine protektionistische Handelspolitik verfolgt werden. Zwar soll diese Politik wohl amerikanische Arbeitsplätze schützen und die heimische Industrie revitalisieren, dies kann jedoch sehr kritisch bewertet werden, da diese Politik eher zu einer Erhöhung der Inflation und zu Unsicherheiten auf den internationalen Märkten führt und führen wird. Die Maßnahmen führen zudem zu Spannungen im globalen Kontext und zwar nicht nur auf dem Gebiet der internationalen Handelspolitik, sondern auch auf dem Feld der internationalen Währungs- und Finanzbeziehungen.

Trump 2.0 – Strategische Annahmen

Angeleitet durch das Project 2025 der *Heritage Corperation*¹ ist US-Präsident *Donald Trump* bereits zu Beginn seiner zweiten Präsidentschaft dabei die Grundlagen sowohl der demokratischen Struktur der USA als auch der derzeitigen Weltwirtschaftsordnung dramatisch zu verändern. Die verfolgte „Strategie“ lässt sich grob wie folgt gliedern, wobei die einzelnen Bereiche ineinandergreifen und auch keineswegs alle neuen Dekrete und Ankündigungen berücksichtigen:

Nach innen scheinen zwei Aspekte wichtig zu sein: Die innenpolitisch ausgerichtete Veränderung oder Deformation der USA zielt vor allem in zwei Richtungen:

- Zum einen zielt sie auf einen „Staatsumbau“. Durch eine Ausweitung der Macht der Exekutive zu Lasten der Legislative und eines funktionierenden Rechtssystems, aber auch des föderalen Staatsaufbaus, soll die demokratische Ordnung zu einer neo-totalitären oder autoritaristischen Ordnung ausgebaut werden. Demokratie und Rechtsstaat sollen zunehmend ihre Inhalte verlieren und nur noch als Fassade bestehen bleiben. Zudem wird die föderale Struktur durch übergreifende Maßnahmen, wie u.a. den unerwünschten Einsatz der Nationalgarde in Kalifornien, schrittweise beschädigt. Diese Politik erlaubt auch erweiterte Möglichkeiten der Selbstbereicherung und neuer unkontrollierter finanzieller Privilegien für Oligarchen und Befürworter dieser Politik.² Eingeleitete Maßnahmen sind u.a. der Kampf gegen den *deep state* mit Massenentlassungen und dem drastischen Umbau der Bundesverwaltung, der Erlass entsprechender Dekrete, die Aussetzung von Kontrollgesetzen sowie Attacken gegen unabhängige Medien und Mittelkürzungen für liberale Universitäten und Forschungseinrichtungen.
- Im Rahmen des „gesellschaftspolitischen Projekts“ soll durch einen „Kulturkrieg“ die Errichtung einer anti-liberalen Gesellschaft vorangebracht werden. Vielfalt, Gleichstellung und Inklusion werden abgelehnt (Anti-DEI: *diversity, equity, inclusion*), reaktionär-evangelistische Werte und

¹ vgl. *Links*: Project 2025, Graham (2025)

² vgl. *Links*: Kleptocracy

„Anti-Wokeness“ sowie traditionelle Geschlechterrollen und weiße Dominanz wiederbelebt werden. Die Verfolgung dieser Politik soll durch massive Einschüchterungen, Drohungen und die mit brutalen Mitteln unter Missachtung geltenden Rechts durchgeführte Abschiebung von „illegalen“ vorwiegend aus Lateinamerika stammenden Einwanderern erreicht werden. Eine gegen „DEI“ gerichtete Geschäftspolitik wird auch von in- und ausländischen Unternehmen und Partnern verlangt und wird im Nichtbefolgungsfall mit Sanktionen bedroht.

Nach außen zielt die Politik, soweit dies angesichts des derzeitigen Ankündigungs-Dauerfeuers bereits abzusehen ist, ebenfalls vorwiegend in zwei Richtungen:

- Einen isolationistischen Kurs verfolgend wird die Unterstützung internationaler Organisationen drastisch eingeschränkt und die dominante und kostspielige Rolle eines „Weltpolizisten“ nicht weiter verfolgt.³ Das Sicherheitsgefüge des „Westens“ wird zur Disposition gestellt, so dass Europa sicherheitspolitisch - vor allem gegen Russland - zukünftig vorwiegend auf sich selbst gestellt sein und „europäische Probleme“ weitgehend allein lösen wird. Die USA werden sich verstärkt dem vermeintlichen Hauptkonkurrenten auf dem Weltmarkt, China, zuwenden, sowohl in sicherheits- als auch wirtschaftspolitischer Hinsicht. Dies wird u.a. dazu führen, dass die in Europa neu entstehenden Sicherheitsstrukturen den internationalen Wettbewerb im Rüstungs-, Forschungs- und Digitalbereich neu strukturieren werden.
- Zum zweiten wird die bestehende, einst durch die USA initiierte und maßgeblich mitgestaltete regelgebundene Weltwirtschaftsordnung durch eine neue machtdominierte protektionistische neomerkantilistische Politik in weiten Teilen außer Kraft gesetzt. Dabei geht es darum, die USA in einem als feindlich gesinnt empfundenen außenwirtschaftlichen Umfeld wieder „*great again*“ zu machen. Hierfür wurde vor allem eine erratische, brachiale, allen internationalen Regeln widersprechende Strafzollpolitik verkündet, die die geltenden Freihandelsregeln durch einen neuen willkürlichen Protektionismus ersetzt. Als hauptsächlichen Grund für die Zölle gibt Trump an, er wolle Arbeitsplätze in die USA zurückholen und damit vor allem Industriebeschäftigte, die im Zuge der Globalisierung in andere Länder ausgelagert wurden.

Eine weiterer nicht unwichtiger Aspekt wird hier nicht weiter vertieft, spielt aber bei den meisten Aktivitäten bereits zu Anfang eine wichtige Rolle: Von einer Verknüpfung politischer und persönlicher Interessen soll das Trump'sche Familienvermögen profitieren. Hierbei geht es u.a. um Wertsteigerungen von Trump-Unternehmen, Einnahmen aus Immobilien und neue Investitionsmöglichkeiten, umfangreiche und vielfältige Geschäfte mit Kryptowährungen, mögliche Insidergeschäfte mit Wertpapieren und die Nutzung des politischen Einflusses für weitere lukrative Geschäftsbeziehungen. Innerhalb nur weniger Monate stieg das Vermögen der Trump-Familie bereits um mehr als eine Mrd US\$ an.⁴

Ökonomischer Hintergrund

Der **Hintergrund** für die desaströsen und verwirrenden Zollankündigungen und die weiteren außenwirtschaftlich relevanten Äußerungen und Maßnahmen sind die permanenten hohen und in den letzten Jahren sogar steigenden Handelsbilanz- und Leistungsbilanzdefizite der USA. Während das **Leistungsbilanzdefizit** zwischen 2009 und 2019 noch regelmäßig bei bereits hohen 400 Mrd US\$ pro Jahr lag, stieg es bis 2025 laufend auf über 1 Bio US\$ pro Jahr oder etwa 4 % des BIP an. Damit sind die USA schon seit den 1980er Jahren (!) nicht in der Lage, ihre Importe (Waren und Dienstleistungen)

³ Der völkerrechtswidrige Angriff auf den Iran im Juni 2025 stellt allerdings bereits jetzt eine erheblich „Kursabweichung“ dar und zeigt, dass mit einem auch kaum erwartbaren konsistenten Vorgehen nicht zu rechnen ist.

⁴ vgl. *Links*: Trump Vermögen

durch ihre Exporteinnahmen zu finanzieren.⁵

Aufgrund der Größe ihres Binnenmarktes sind die USA in einem weit geringeren Umfang in den Weltmarkt integriert, als dies bei kleineren Staaten der Fall ist. Dies trifft sowohl für die Importe als auch für die Exporte zu, bei den Exporten jedoch in weit größerem Ausmaß. Während sich die geringere Bedeutung bei den Importen grundsätzlich eher günstig auf die Handels- und Dienstleistungsbilanz auswirkt, gilt dies bei den Exporten nicht. Im Vergleich der größten Außenhandelsnationen liegt der US-amerikanische Anteil der **Importe** am BIP, die *Importquote*, mit einem Wert um die 15 % in den letzten 10 Jahren sehr niedrig (Deutschland 42 %).

Bei den **Exporten**, der *Exportquote*, ist die Ausnahmestellung der USA dagegen noch ausgeprägter und vor allem problematischer. Der Anteil der Exporte am BIP (Sachgüter und Dienstleistungen) schwankte in den letzten 10 Jahren meist um 11 %, auch ein im Vergleich mit anderen Industrienationen extrem niedriger Wert (Deutschland 48 %).⁶ Damit sind die Exporterlöse dauerhaft viel zu gering, um die Importe zu finanzieren. Das zentrale Problem ist daher weniger in zu hohen Importen, sondern vielmehr in zu niedrigen Exporten zu sehen. Diese **Exportschwäche** ist vor allem auch deswegen bemerkenswert, weil die in der Vergangenheit hohen ausländischen Direktinvestitionen (FDI) in den USA zu einer Modernisierung des Produktionspotenzials und des Warenangebots (und auch zur Qualifizierung der Beschäftigten) wesentlich beitrugen und damit die Voraussetzungen für zunehmende Exporte erhöhten. Die hohen laufenden Defizite im internationalen Güter- und Dienstleistungsverkehr müssen durch **Kapitalimporte** finanziert werden. Dies geschieht vor allem durch ausländische Anleger, die festverzinsliche US-amerikanische Staatsanleihen erwerben.

Hinzu kommt, dass auch die US-amerikanische **Staatsverschuldung** aufgrund hoher Haushaltsdefizite bereits seit 1982 laufend ansteigt. 2025 liegt die Staatsverschuldung der USA bei knapp 38 Bio US\$ und damit bei fast 125 % des BIP mit der Folge sehr hoher jährlicher Zinszahlungen und einer Herabstufung der Kreditwürdigkeit durch die wichtigsten Ratingagenturen. In extrem kurzer Zeit wurden die USA von der einst größten Gläubignation der Welt zur inzwischen mit weitem Abstand größten Schuldernation.⁷ Die hohe Nachfrage nach Kapital aufgrund des **Zwillingsdefizits** (Leistungsbilanz- und Haushaltsdefizit) trifft auf dem einheimischen Kapitalmarkt jedoch auf ein zu geringes Kapitalangebot. Auch diese Kapitalnachfrage muss daher durch **Kapitalimporte** ausgeglichen werden.

Als Folge liegen die gesamten **Auslandsschulden**, in die auch Unternehmens- und Privatschulden einfließen, 2025 bereits bei ca. 26 Bio US\$.⁸ Die ausländischen Gläubiger, dies sind vor allem China und Japan, die den größten Teil ihrer Währungsreserven in US-Schuldverschreibungen, zusammen derzeit ca. 2 Bio US\$, investiert haben, erwarten jedoch - außer der Tatsache, dass sie in eine stabile und die größte und liquideste Weltwährung investiert haben - auch eine **angemessene Verzinsung**. Damit liegen prinzipiell vergleichsweise höhere Kapitalmarktzinsen im Interesse der US-Regierung und der amerikanischen Zentralbank (*Fed*), um auf diese Weise die benötigten Kapitalimporte sicherzustellen.

Höhere Zinsen stimulieren allerdings auch die Nachfrage nach US\$. Die durch eine tendenzielle Überbewertung des US\$ verursachte Verteuerung der amerikanischen Produkte wirkt sich aber wieder ungünstig auf die US-amerikanischen Exportmöglichkeiten aus, während sich die Importe verbilligen und tendenziell weiter ansteigen. Dies wurde jedoch bisher in Kauf genommen, um die ökonomischen

⁵ vgl. zu diesem gesamten Abschnitt: Koch 2024, Kapitel 2; vgl. *Links*: US-Leistungsbilanz

⁶ vgl. *Links*: US-Exporte; US-Importe

⁷ vgl. US-Bureau of Economic Analysis, zit. bei Sinn (2009), Abb. 2.2; Zum Vergleich: Deutschland ist nach Japan die zweitgrößte Gläubignation mit einem Auslandsvermögen von ca. 3,1 Bio US\$ (vgl. Milesi-Ferretti 2021). Hierfür mussten 2024 bereits über 1,1 Bio US\$ Zinsen, etwa 13 % der Haushaltsausgaben, bezahlt werden - und die Tendenz ist steigend.

s.a. *Links*: US-Staatsverschuldung

⁸ vgl. *Links*: US-Auslandsverschuldung

Anreize – Zinsen und Wechselkurs – weiterhin bestehen zu lassen und den ausländischen Kapitalzufluss aufrecht zu erhalten.

Politische Ankündigungen und Folgen

Diese offensichtlichen Fehlentwicklungen der vergangenen Jahrzehnte scheint *Donald Trump* nun vor allem mit einer „deal-orientierten“ Machtpolitik entgegentreten zu wollen.

Weltwirtschaftsordnung

Abgesehen davon, welche Zölle in welcher Höhe letzten Endes tatsächlich erhoben werden, wurden durch einseitige Maßnahmen und Drohungen die Grundlagen und Prinzipien der bisher geltenden Weltwirtschaftsordnung zerstört. Die weltweite allgemeine Verunsicherung ist schon nach wenigen Monaten so groß, dass sich dramatische, auch langfristige Folgewirkungen abzeichnen. Das Vertrauen in die wichtigste Wirtschaftsmacht der Welt, den weltgrößten Aktienmarkt und die Ankerwährung US\$ erodiert.

- Dies gilt einerseits für die Anleger und Investoren, die hohe Verluste nach einem der größten Börsencrashes seit der internationalen Finanzkrise im April 2025 zu verzeichnen hatten.
- Es gilt andererseits für exportierende Unternehmen in amerikanischen Partnerländern, die ihre Partnerschaften neu ausrichten, neue Geschäftsbeziehungen etablieren und ihre Investitionspläne überdenken müssen.
- Es gilt für US-Unternehmen, die aufgrund eines möglicherweise entstehenden Handelskrieges Gewinneinbußen haben werden und ihre bestehenden Lieferketten wohl neu ordnen müssen.
- Es gilt für „ehemalige“ Partnerländer, die nicht nur Gegenmaßnahmen erwägen, sondern bereits dabei sind neue regionale Abkommen und Allianzen in Asien, Afrika und Lateinamerika zu schließen.
- Es gilt aber vor allem auch für US-Bürger, die sich aufgrund sich bereits abzeichnender höherer Kosten für weiterhin benötigte Importprodukte auf steigende Preise und wohl auch steigende Arbeitslosenzahlen einstellen müssen.

Hohe Zölle

Die Exportschwäche müsste gezielt durch exportfördernde Maßnahmen sowohl im Sachgüter- als auch im Dienstleistungsbereich überwunden werden. Stattdessen wird versucht die bereits niedrige US-Importquote durch willkürlich „berechnete“ Zölle, gekoppelt mit massiven Drohungen gegen die US-Handelspartner weiter zu senken.⁹ Durch erpresserische Maßnahmen, die in sog. *deals* verpackt werden, sollen die gleichen Handelspartner dazu gezwungen werden, ihre eigenen Exporte in die USA zu verringern und gleichzeitig ihre Importe aus den USA zu erhöhen, um so das amerikanische Leistungsbilanzdefizit zu senken. Da die importierten Güter zu einem großen Teil weiterhin benötigt werden und die unter Druck gesetzten Handelspartner ihrerseits protektionistische Gegenmaßnahmen ergreifen werden, wird dieses Ziel mit Sicherheit nicht erreicht werden.

Wahrscheinlicher sind vielmehr massive Produktionsstörungen aufgrund der nun künstlich gestörten Lieferketten und damit Engpässe bei weiterhin benötigten Importen, etwa von Vorprodukten, sowie erhebliche Preissteigerungen, die die US-Bürger durch die weitergereichten höheren Zölle tragen müssen. Die US-Inflationsrate dürfte daher tendenziell zunehmen, und die US-Zentralbank wird gezwungen sein, die US-Zinsen eher zu erhöhen als zu senken. Zudem dürften auch zusätzliche

⁹ vgl. *Links*: Rosengarten Zölle

Industriearbeitsplätze auf diese Weise – zumindest auf kürzere und mittlere Sicht – nicht geschaffen werden. Gleichzeitig zeichnet sich eine weltweite Wirtschaftskrise aufgrund eines generellen Rückgangs des internationalen Handels, der ökonomisch-politischen Verunsicherung, Gewinnrückgängen, der erzwungenen höheren Preise und weltweit wachsender Inflationstendenzen ab.

Wesentlich wirksamer scheint der bereits 2022 unter dem früheren demokratischen Präsidenten *Joe Biden* beschlossene *Inflation Reduction Act* (IRA) mit einem Volumen von rund 430 Mrd US\$ zu sein.¹⁰

Inflation Reduction Act

Durch den IRA sollte die Wirtschaft angekurbelt, die Investitionen gesteigert und die Exporte stimuliert und möglicherweise auch Importe substituiert werden. Er sieht Steuergutschriften, zinsgünstige Kredite und direkte staatliche Zuschüsse für Investitionen in die regenerative Energieproduktion, in Klimaschutzmaßnahmen und Zukunftsbranchen vor. Gefördert werden in den USA investierende Unternehmen bzw. Produkte, die einen bestimmten *local content* aufweisen, wie E-Autos, deren Endmontage in den USA erfolgt oder Batterien, die zumindest teilweise in den USA produziert wurden. Kurz vor dem Inkrafttreten des IRA wurde, ebenfalls 2022, der *CHIPS and Science Act*¹¹ mit einem Volumen von 280 Mrd US\$ verabschiedet. Ziel dieses Gesetzes ist es ebenfalls u. a. Investitionen in inländische Produktionskapazitäten für Halbleiter, saubere Energie und Nanotechnologie zu fördern und neue regionale Hightech-Drehkreuze zu schaffen. Beide Ansätze haben, auch wenn sie tendenziell protektionistisch sind, das Potential die Exportbilanz der USA deutlich zu verbessern. Allerdings ist keineswegs sicher, ob die erforderlichen Maßnahmen – wegen ihrer Ausrichtung auf alternative regenerative Energien - unter der Regierung *Trump* in dieser Form weiter verfolgt werden.

Abwertung des US\$

Die Exportschwäche bei Sachgütern ist jedoch mit der „Holzhammerpolitik“ der Androhung hoher Zölle nicht zu überwinden. Die Politik zielt daher parallel auf eine Abwertung der amerikanischen Währung und auf eine Senkung der US-Zinsen. Der Wechselkurs des US\$ soll gezielt geschwächt werden, um so die Preise für US-Exporte zu senken und Importe zu verteuern. Dies könnte dazu beitragen das extrem hohe Handelsbilanzdefizit der USA zu senken. Tatsächlich ist dies in Folge der wirtschaftlichen Verunsicherung durch die Zollankündigungen im April 2025 bereits ansatzweise gelungen. Der Wechselkurs des US\$ gegenüber dem Euro sank bereits um etwa 6 %, ein mögliches Anzeichen dafür, dass der Status des US\$ als „sicherer Währungshafen“ hinterfragt wird und der US\$ als wichtigstes *Wertaufbewahrungsmittel* tendenziell sinkt. Durch einen niedrigeren US\$-Kurs steigen zudem die Importpreise und damit auch die Verbraucherpreise in den USA.

Ein weiterer Versuch wird schon seit Längerem diskutiert: In Anlehnung an das frühere Plaza-Abkommen (vgl. Abschn. 3.1) wird über ein neues Abkommen zur *koordinierten Abwertung* des US\$ diskutiert. Durch den "*Mar-a-Lago Accord (MALA)*"¹² könnte die US-Regierung ausländische Gläubiger dazu veranlassen einen Teil ihrer US\$-Reserven zu verkaufen. Die in ihrem Besitz verbleibenden US-Staatsanleihen sollten dann in Anleihen mit sehr langer Laufzeit umgewandelt werden und zusätzlich sollte auf eine Verzinsung weitgehend verzichtet werden. Hierdurch würden jährlich weniger US-Anleihen fällig, so dass die Nachfrage nach neuen Anleihen und damit nach US\$ sinken würde. Ländern, die einer solchen - für sie nachteiligen Regelung - nicht zustimmen würden, könnten seitens der Trump-Regierung Strafzölle und eine Verweigerung des amerikanischen militärischen Sicherheitsschirms drohen. Ob die Gläubigerländer einem solchen Abkommen, das eher als „Schutzgelderpressung“ bezeichnet werden kann, freiwillig zustimmen werden, ist daher kaum wahrscheinlich. Sie könnten

¹⁰ vgl. *Links*: Inflation Reduction Act

¹¹ vgl. *Links*: Chips and Science Act

¹² vgl. *Links*: Mar-a-Lago Abkommen

sich allerdings dazu gezwungen sehen, so dass eine Reduzierung der Nachfrage nach festverzinslichen US-Wertpapieren als Folge wahrscheinlich wäre.

Um den US\$ weiter oder nachhaltiger zu schwächen ist es auch nicht ausgeschlossen, dass *Trump* in den anstehenden Zollverhandlungen Druck auf seine Handelspartner ausübt. Er könnte diese beispielsweise auffordern, ihre Zentralbanken zu einer Erhöhung ihrer Leitzinsen zu veranlassen, um deren Währungen zu stärken, um so die Preise für Importgüter zu verteuern.¹³

Niedrigere Zinsen

Die Notwendigkeit durch vergleichsweise höhere Zinsen Kapitalimporte weiter zu erhöhen – wie oben erläutert wurde – bedeutet aber für alle Gläubiger, also für Unternehmen, Privatpersonen, aber vor allem auch für den Staat höhere Kosten. Neben dem Leistungsbilanzdefizit steigt aber auch das bereits chronische Haushaltsdefizit des Staates laufend weiter an. 2025 liegt es bei rund 2 Bio US\$ und damit bei rund 6 % des BIP.¹⁴

Entgegen der Notwendigkeit ausländische Anleger weiterhin zu Kapitalimporten zu motivieren versucht der US-Präsident jedoch niedrigere (!) Zinsen durchzusetzen, um hierdurch der schwachen US-Wirtschaft neue Impulse zu verleihen. Da dies wegen der Unabhängigkeit der Zentralbank, der Fed, nicht auf dem direkten Weg möglich ist, wählte *Trump* die bewährte Methode, durch Beleidigungen¹⁵ und direkte Forderungen den Fed-Chef *Jerome Powell* zu schwächen oder sogar abzusetzen, um so eine Entscheidung entsprechend seinen Wünschen durchzusetzen. Der Angriff auf die Unabhängigkeit der Fed und die kurze Zeit später erfolgende Rücknahme der Drohung den Fed-Chef abzusetzen vergrößert die Unsicherheit internationaler Anleger, da den Aussagen des Präsidenten kaum noch getraut werden kann. Die Einflussnahme war im Mai 2025 noch nicht erfolgreich - die Fed senkte die Zinsen nicht wunschgemäß. Der Hauptgrund für die Entscheidung dürften die Folgewirkungen der Zollankündigungen und der dadurch ausgelösten ausländischen Gegenreaktionen und die unsicheren wirtschaftlichen Entwicklungen sein. *Trump* wird daher weiterhin versuchen Einfluss auf die Entscheidungen der Fed zu nehmen, was die Finanzmärkte auch zukünftig verunsichern wird (s.a. *Links*: Machtkampf).

Tatsächlich werden an den Finanzmärkten langfristige US-Staatsanleihen (US-Treasuries) seit April 2025 stärker verkauft und nicht gekauft („sell America“), da das Vertrauen in die Zahlungsfähigkeit- bzw. -willigkeit der US-Regierung sinkt. In der Folge sanken die Kurse der festverzinslichen Anleihen, während die Zinsen stiegen. Diese höheren Zinsen werden die US-Wirtschaft, vor allem die staatlichen und privaten Kreditnehmer, belasten.

¹³ Die Tatsache, dass die EZB für eine gerade erfolgte Leitzinssenkung „gelobt“ wurde, dürfte in Unkenntnis des hierdurch bewirkten Preisdämpfungseffekt für EU-Exportgüter erfolgt sein.

¹⁴ vgl. *Links*: US-Haushaltssaldo

¹⁵ In Posts auf seiner sozialen Medienplattform *Truth Social* nannte *Trump* den Fed-Chef *Powell* u.a. "Mr. Too Late", weil die Zentralbank seiner Meinung nach zu spät auf Inflation und Konjunkturabschwünge reagiert habe, „a major looser“ und nach der Zinsentscheidung „a fool“.

Literatur

Graham, D.A. (2025) Der Masterplan der Trump-Regierung, Frankfurt

Koch, E. (2024) Internationale Wirtschaftsbeziehungen II. Das Weltfinanzsystem – Währungsordnungen, globale Finanzmärkte und Finanzkrisen, 4. Aufl.

Milesi-Ferretti, G.M. (2021) The US is increasingly a net debtor nation. Should we worry? April 14, 2021; <https://www.brookings.edu/blog/up-front/2021/04/14/the-us-is-increasingly-a-net-debtor-nation-should-we-worry>

Sinn, H.-W. (2009) Kasino-Kapitalismus, Berlin

-

Links zur Fallstudie USA

- *Chips and Science Act*: <https://www.kooperation-international.de/aktuelles/nachrichten/detail/info/us-praesident-setzt-chips-and-science-act-in-kraft-erhebliche-budgeterhoehungen-fuer-bundesforschungseinrichtungen>
- *Inflation Reduction Act*: https://www.iwkoeln.de/fileadmin/user_upload/Studien/Kurzberichte/PDF/2024/IW-Kurzbericht_2024-US-Inflation-Reduction-Act.pdf
- *Kleptocracy*: <https://foreignpolicy.com/2025/03/25/america-kleptocracy-trump-musk-corruption/>
- *Machtkampf*: <https://www.sueddeutsche.de/projekte/artikel/wirtschaft/fed-powell-trump-entmachtung-e749100/?reduced=true>
- *Mar-a-Lago Abkommen*: <https://www.flossbachvonstorch.de/de/impulse/artikel-und-meinungen/detail/mar-a-lago-abkommen-viel-laerm-um-nichts>
- *Project 2025*: <https://www.heritage.org/conservatism/commentary/project-2025>; <https://www.pbs.org/newshour/show/the-project-explores-project-2025s-origins-and-goals-to-reshape-american-culture>; <https://www.deutschlandfunk.de/trump-project-2025-100.html>
- *Rosengarten Zölle*: <https://www.welt.de/politik/ausland/article255853144/Trumps-neue-Zoelle-Unser-Land-wurde-gepluendert-und-vergewaltigt.html>; <https://www.dw.com/de/erste-phase-von-trumps-zoll-erh%C3%B6hungen-in-kraft/a-72148078>
- *Trump Vermögen*: <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/920851/umfrage/vermoegen-des-us-praesidenten-donald-trump/>
- *US-Exporte*: <https://www.statista.com/statistics/258779/us-exports-as-a-percentage-of-gdp/>
- *US-Haushaltssaldo*: <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/165796/umfrage/haushaltssaldo-der-usa/>
- *US-Importe*: <https://www.statista.com/statistics/259096/us-imports-as-a-percentage-of-gdp/>
- *US-Leistungsbilanz*: <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1344655/umfrage/leistungsbilanzsaldo-in-den-usa/>
- *US-Staatsverschuldung*: <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1975/umfrage/staatsverschuldung-der-usa>
US-Auslandsverschuldung: <https://www.ceicdata.com/en/indicator/united-states/external-debt>